

Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	5
Aktuelle Corona-Statistik im Landkreis Bautzen – Kurz und bündig	5
Aktuelle Corona-Statistik Weltweit.....	5
Ankündigung BLAUE POST BAUTZEN – Ausgabe September.....	6
Aktuelle Pressemitteilungen MdL´s im Landkreis	7
Deutsche Post wirft Landtagsabgeordneten aus Veranstaltung.....	7
Stadt Bautzen	7
Wer darf beim Jugendforum dabei sein?	7
Stadt lädt Bürger zur Brücken-Präsentation.....	7
Bürgermeisterwahlen 2020.....	8
Die Kandidaten im AfD-Kreisverband Bautzen.....	8
Oberbürgermeisterkandidat Marco Gbureck für Hoyerswerda	9
Kandidatenvideo	9
Kandidatenseite	9
Marco Gbureck im Kufa-Talk 2020	9
Bürgermeisterkandidat Alexander Zapke für Steinigtwolmsdorf	10
Liebe Einwohner von Weifa, Ringenhain und Steinigtwolmsdorf,	10
Bürgermeisterkandidat Detlef Oelsner für Arnsdorf.....	11
Großplakate abgeschnitten und gestohlen	11
Termine – Kreisverband Bautzen.....	12
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	13
Ankündigung Informationsfahrten 2020.....	13
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	14
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 16.8.2020	14



PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 15./16.8.2020.....	14
CDU-Innenminister Wöllner verleumdet Demonstranten als Rechtsextremisten.....	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2020	15
Sachsens Dörfer verarmen: Mehr Geld für eigene Bürger!	15
Werbeverbot für größte Oppositionspartei – Medien boykottieren AfD	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.8.2020	16
Medienboykott gegen die AfD geht weiter	16
Sozialstaat bald unbezahlbar – eigene Bürger zuerst!.....	16
Erneut westdeutsche Rektorin: Sind Osis für Chefposten zu dumm?	17
Meinungsfreiheit in der Kunst erneut mit Füßen getreten	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.8.2020	18
Maskenpflicht-Chaos verhindern – Kommunen entlasten.....	18
Anschlag durch abgelehnten Asylbewerber – Asyl-Chaos beenden.....	19
Neues von der Alternative für Deutschland	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 15./16.8.2020.....	20
Corona-Warn-App erweist sich als steuergeldfinanzierter Totalausfall	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2020	20
Linke bittet: Gefährliche Ausländer nicht ausweisen!.....	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.8.2020	21
Merkels GroKo – zahnloser Tiger im Kampf gegen den islamistischen Terror. Neues Gesetz nicht einmal angewandt.....	21
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.8.2020	22
Keine Vorabinformationen des Bundesverfassungsgerichts an gewogene Journalisten.....	22
Staatsfunk hat auch in der Corona-Krise versagt	22
Setzte das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz virtuelle Agenten gegen AfD-Abgeordnete ein?	23
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	25
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 15./16.8.2020.....	25
Die Lösung für Weißrussland liegt in Moskau.....	25
Forderung nach Vier-Tage-Woche ist ein sozialistischer Irrweg	25
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2020	26
256.000 Ausreisepflichtige! Versagen der Bundesregierung sorgt für neuen Rekordwert!.....	26
Schattenmieten in Berlin – tausenden Mietern droht böses Erwachen	27
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.8.2020	28
CDU-Verbotsfantasien stoppen, auch bei Reisen.....	28



Corona-Gefahr im Freien vernachlässigbar – Bevölkerung aufklären statt Panik schüren	28
Groko verschleppt Insolvenzen	29
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.8.2020	29
Wieder ein Terroranschlag, der zu verhindern gewesen wäre	29
Terroranschlag? Iraker verletzt sechs Menschen auf Autobahn!	30
Keine gebührenfinanzierte Anti-Polizei-Hetze.....	31
Internationales Engagement in Mali gescheitert	31
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.8.2020	32
Bundesdatenschutzbeauftragter und Freie Ärzteschaft stellen sich an die Seite der AfD-Fraktion	32
Video-Empfehlungen	33
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	33
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	33
Kanal von AfD Kompakt TV	33
Wochenendpodcast der AfD:.....	33
AfD im EU-Parlament.....	33
Meldungen aus Deutschland und der Welt	33
Informationen zum Coronavirus	33
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	33
Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	33
Brandenburg: Schulleiter hebt Maskenpflicht auf - und wird entlassen	33
Corona und das Schweigen des Robert Koch-Instituts	33
Niedersachsen: Campingplatz erlaubt Zutritt nur noch mit Corona-App - erste Gäste reisen ab	34
Grundschule in Graal-Müritz umsonst geschlossen?.....	34
Medienbericht: Fasching 2020/21 soll bundesweit komplett ausfallen	34
Abgeordnete sollen im Bundestag ab September Masken tragen	34
Ungarns Kanzleramtsminister: „Planen sie keinen Urlaub mehr ab 1. September!“	34
Corona-Update: RKI meldet seit acht Wochen keinen Anstieg der Infizierten-Zahlen.....	34
Präsident Weißrusslands: WHO und IWF wollten uns bestechen, um einen Lockdown umzusetzen.....	34
Immer mehr "Neuinfektionen"? Die Zahlenspiele der Wirrologen und der ewige Ausnahmezustand.....	34
Computerspiel soll Kindern und Jugendlichen "richtige" Einstellung zu Corona-Maßnahmen beibringen	34
Corona-Infos für Sachsen	34

Corona-Pandemie im Landkreis Bautzen – Aktuelle Zahlen	34
3.8.2020: Keine Maskenpflicht, dafür Vier-Stufenplan für Sachsens Schulen	34
12.8.2020: Keine Maskenpflicht an Schulen und Kitas in Sachsen.....	34
12.8.2020: Diese Corona-Regeln gelten bald in Sachsens Schulen	35
19.8.2020: Sachsen bei Schul-Normalbetrieb skeptisch	35
6.8.2020: Kein Bußgeld für Maskenverweigerer in Sachsen.....	35
18.8.2020: NEUE REGELN! SACHSEN FÜHRT CORONA-BUSSGELD EIN	35
Forstfest fällt aus – aber nicht ganz.....	35
Bautzener Altstadtfestival ist abgesagt.....	35
Nachrichten aus Deutschland und der Welt	35
Regierung plant Gassi-Pflicht	35
EU-Staaten erkennen Wahlergebnis in Weißrussland nicht an.....	35
IWF an Weißrussland: Kredite gibt es nur bei Ausgangssperren und Lockdown	35
Nach Nazi-Diffamierung: Kemmerich schaltet Anwalt gegen Baerbock ein	35
Bundesverfassungsgericht: Weggeworfene Lebensmittel zu „retten“ bleibt strafbar	35
AfD-Politiker aufhängen, CDU ins Gulag – Grüner Ratskandidat lässt Mordfantasien freien Lauf	35
Festungspsychose und Desertationen.....	35
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“	36
Polizei sucht Zeugen und weiteres Opfer 15-Jährige an Badensee in Berlin-Tegel vergewaltigt	36
Somalier mit Messer! Ausnahmezustand am Hauptbahnhof Karlsruhe	36
Staatsanwalt nach Terror-Fahrt auf Berliner Autobahn! Es war ein islamistischer Anschlag...36	
Autobahn-Angreifer konnte nicht abgeschoben werden.....	36
Fakten in Bildern	36
Achtung Satire: Humoriges .. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns erst recht nicht verbieten ;-)	38
Kommunalmandate im KV Bautzen	39
PRESSE-ARCHIV	39
SPENDENKONTO.....	39
KONTAKT:.....	39

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Aktuelle Corona-Statistik im Landkreis Bautzen – Kurz und bündig ...



<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Aktuelle Corona-Statistik Weltweit



https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4/page/page_0/

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08qQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

<https://de.statista.com/themen/6018/corona/>

Ankündigung BLAUE POST BAUTZEN – Ausgabe September



Voraussichtlich Ende der KW 35 wird die neue Ausgabe der Blauen Post Bautzen aus der Druckerei kommen. Wir brauchen natürlich wieder viel Unterstützung beim Verteilen in die Briefkästen und freuen uns auf Ihre Hilfe!

Vorab einen Blick hineinwerfen können Sie hier:

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blau-post-bautzen/>

Aktuelle Pressemitteilungen MdL´s im Landkreis

Deutsche Post wirft Landtagsabgeordneten aus Veranstaltung



Die Deutsche Post DHL Group investiert und lud zum ersten Spatenstich auf dem Baugelände am 20. August 2020 nach Cunewalde ein. Unter den geladenen Gästen auch der AfD-Landtagsabgeordnete Frank Peschel, der sich im Vorfeld in seiner Funktion als Wahlkreisabgeordneter bei der Post schriftlich anmeldete. Zum üblichen offiziellen Fototermin wurde er ausgeladen.

Dazu kommentiert Frank Peschel:

„Der Vorfall zeigt, welches Demokratieverständnis die Deutsche Post hat bzw. dass sie sich nicht neutral verhält und nach Gutsherrenart demokratisch gewählte Volksvertreter auslädt.

Im Vorfeld habe ich mich in meiner Funktion als Wahlkreisabgeordneter bei der Pressestelle der Deutschen Post angemeldet. Zudem begrüßte mich vor Ort der Bautzener Landrat Herr Harig in seiner Begrüßungsrede persönlich.

Es ist für mich völlig inakzeptabel, dass ich anschließend von der Deutschen Post aufgefordert wurde, den obligatorischen Bauhelm abzusetzen und vom offiziellen Fototermin ausgeschlossen wurde.

Meine darauf folgende Beschwerde mit dem Hinweis auf meine Tätigkeit als Wahlkreisabgeordneter wurden seitens der Deutschen Post vollkommen ignoriert.“

<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=718804642012087&set=a.113225665903324&type=3&theater>

Stadt Bautzen

Wer darf beim Jugendforum dabei sein?

<https://www.saechsische.de/plus/bautzen-steinhaus-afd-partnerschaft-fuer-demokratie-konflikt-jugendforum-gesinnungspruefung-5256150.html>

Stadt lädt Bürger zur Brücken-Präsentation

<https://www.saechsische.de/bautzen-stadt-laedt-buerger-zur-bruecken-praesentation-spreebruecke-5254895.html>

Bürgermeisterwahlen 2020

Die Kandidaten im AfD-Kreisverband Bautzen



Nach den Wahlerfolgen der AfD auf Kommunal- Landes- und Bundesebene geht es nun einen Schritt weiter. Wir stellen zahlreiche Kandidaten für die kommenden Bürgermeisterwahlen auf. In den nächsten Monaten finden im Landkreis Bautzen mehrere Wahlen statt.

Bereits am 6. September 2020 wird in Hoyerswerda gewählt. Hier tritt Marco Gbureck als Oberbürgermeisterkandidat an.

Eine Woche später, am 13. September 2020, wird in Ohorn gewählt. Als Kandidatin tritt die AfD-Kreisrätin und Rechtsanwältin Heike Lotze an.

In Arnsdorf, wo am 20. September gewählt wird, tritt Detlef Oelsner als parteiloser Kandidat für die AfD an.

Im Bautzener Oberland finden, ebenfalls am 20. September 2020, in Steinigtwolmsdorf und am 27. September 2020 in Cunewalde, Bürgermeisterwahlen statt.

Hier stellen sich AfD-Kreisrat Alexander Zapke (Steinigtwolmsdorf) und Gemeinderat Jürgen Schulz (Cunewalde) zur Wahl.

Gemeinderat Carsten Rybicki tritt am 4. Oktober 2020 als Bürgermeisterkandidat in Ottendorf-Okrilla an.

Die AfD Bautzen hat mit Doreen Schwietzer, Timo Schreyer und Frank Peschel drei Direktmandate für den Sächsischen Landtag, sowie mit Karsten Hilse ein Direktmandat für den Bundestag errungen. Die AfD im Landkreis Bautzen wurde bei den Kommunalwahlen vielerorts stärkste Kraft und ist mit 29 Kreisräten im Kreistag Bautzen vertreten.

Links: Heike Lotze. Rechts: Alexander Zapke.
Mitte oben links: Marco Gbureck. Mitte oben rechts: Carsten Rybicki.
Mitte unten links: Detlef Oelsner. Mitte unten rechts: Jürgen Schulz.

<https://www.facebook.com/AfD.KV.Bautzen/photos/a.1522507407994159/2783623035215917/?type=3&theater>

Oberbürgermeisterkandidat Marco Gbureck für Hoyerswerda

Kandidatenvideo

<https://www.youtube.com/watch?v=CZCUctyvWdQ>

Kandidatenseite

https://sites.google.com/site/marcogbureck?fbclid=IwAR1CvW_dfs3VAerzhTim3hnPNWT9mAW_AxZ37YymrTQSnuMX7QRkvRrkm0w

Marco Gbureck im Kufa-Talk 2020

Wir danken unseren Bürgern für den zahlreichen Zuspruch, welcher uns seit gestern erreicht.

Wir sehen die gestrige Veranstaltung als sehr gelungen an. Unser OB- Kandidat Marco Gbureck trat sehr souverän und direkt auf.

Wir sind der festen Überzeugung, dass es endlich an der Zeit ist klare Kante zu zeigen und anzupacken - es wurde lange genug um den heißen Brei herumgeredet.

Unsere Stadt braucht in Zukunft eine starke Stimme - sprich einen Oberbürgermeister mit Selbstbewusstsein und Souveränität, um die Interessen unserer Bürger auch für die großen Aufgaben der Zukunft nach außen tragen zu können.

Als weniger positiv fassen wir die Wortklauberei einiger unserer Gegner auf, welche wieder versuchen wollen uns in die rechtsextreme Ecke zu drücken, aber die überwältigend positive Resonanz aus dem Bürgertum zeigt deutlich, dass die Menschen dieser Stadt die Nase voll haben immer wieder mit Stigmatisierungen konfrontiert zu werden.

Wir fassen den Verlauf der gestrigen Veranstaltung als ein positives Signal nach außen auf und bedanken uns bei unseren zahlreichen Unterstützern.

Wir machen weiter. Es ist Zeit für frischen Wind!

06.09.2020 Gbureck wählen!

Toni Schneider, Stadtrat

<https://youtu.be/eUlnKWUhgZE>



Bürgermeisterkandidat Alexander Zapke für Steinigtwolmsdorf

Liebe Einwohner von Weifa, Ringenhain und Steinigtwolmsdorf,

am 20.09.2020 werden Sie einen neuen Bürgermeister wählen und ich möchte Ihnen eine Alternative bieten.



Ich bin in Steinigtwolmsdorf aufgewachsen, zur Schule gegangen und habe meine Ausbildung hier im Ort machen dürfen. Wenn die Liebe mich nicht über den Picho gerufen hätte, wäre ich sicherlich noch „ai Wumpe“. Familienangehörige, Freunde und ein Haus binden mich jedoch an Steinigtwolmsdorf. Ich bin ein Granitschädel und liebe unsere Oberlausitz!

Die Verwerfungen in unserem Heimatland, die vor allem seit 2015 offen zutage treten, haben mich in die Politik getrieben und auch auf kommunaler Ebene wollte ich nicht immer nur meckern, sondern mitgestalten.

So wurde ich Gemeinderatsmitglied und auch mit den vielen Stimmen aus Weifa, Ringenhain und Steinigtwolmsdorf in den Bautzener Kreistag gewählt und arbeite seitdem auch dort für das Wohl unserer Heimat.

Ich bin Bürgermeisterkandidat geworden, weil ich bereit bin Verantwortung für meine Heimat zu übernehmen.

Mir ist bewusst welche Fülle an Aufgaben dieses Amt mit sich bringt und dass die Zeiten, u.a. durch die aktuelle „Pandemie“, schwierig sind.

Sechs Punkte die ich als besonders wichtig erachte, möchte ich kurz nennen:

1. Dorfentwicklung unter Berücksichtigung des demographischen Wandels gestalten
2. Kinder und Familienfreundlichen Umfeld
3. Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung
4. Identität und Eigenheiten der drei Ortsteile bewahren
5. Belastungen der Bürger und Gewerbetreibenden stabil halten
6. Vereine als Rückgrat des Dorflebens stärken

Als Bürgermeister ist man auf die Verwaltung, den Gemeinderat und alle Bürger, die sich einbringen wollen, angewiesen. Für mich spielen Parteien und Organisationen auf Gemeindeebene keine Rolle, sondern es zählt allein der Einsatz, die gute Idee, oder das Engagement. Trotzdem wissen Sie, durch meine Parteimitgliedschaft, woran Sie bei mir sind und für was ich stehe.

Sollten Sie Fragen haben, schreiben Sie mich an. Ich bin gerne und zu jeder Zeit bereit meine Positionen darzulegen und würde mich freuen mit Vereinen, Feuerwehr, Gewerbetreibenden oder sonstigen interessierten Bürgern zu sprechen und ihre Fragen zu beantworten.

Hier meine 6 wichtigsten Standpunkte:

1. Dorfentwicklung unter Berücksichtigung des demographischen Wandels gestalten
2. Kinder und Familienfreundliches Dorfleben
3. Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung
4. Identität und Eigenheiten der Ortsteile bewahren
5. Belastungen der Bürger und Gewerbetreibenden stabil halten
6. Vereine als Rückgrat des Dorflebens stärken

Ihr Alexander Zapke

Kontakt: Alexander.Zapke@afdbautzen.de

Anmerkung:

Eine ausführliche Vorstellung von Alexander Zapke finden Sie auf unserer Webseite:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/b%C3%BCrgermeisterwahl-steinigtwolmsdorf/>

Bürgermeisterkandidat Detlef Oelsner für Arnsdorf

Großplakate abgeschnitten und gestohlen

Kriminelle haben heute Nacht zwei unserer Großplakate abgerissen und gestohlen. Wir werden dies zur Anzeige bringen und setzen eine Belohnung von 500,- Euro (von einem Spender) für sachdienliche Hinweise aus.

Detlef Oelsner und wir lassen uns davon nicht einschüchtern und beirren. Wir werden weiter einen fairen Wahlkampf führen und unsere Mitbewerber respektieren!



<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=305399700913989&set=pcb.305399770913982&type=3&theater>



Termine – Kreisverband Bautzen

Sa	22.08.20	10.00-13.00 Uhr	Alleerestaurant Bautzener Allee 1B 02977 Hoyerswerda	AfD-STAMMTISCH mit dem Oberbürgermeisterkandidaten Marco Gbureck
Di	25.08.20	15.00-17.00 Uhr	Rathaus Wilthen Bahnhofstr. 5 02681 Wilthen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Frank Peschel und den Stadträten Uwe Flack und Gundolf Göbel
Do	27.08.20	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Do	27.08.20	19.00 Uhr	Hotel Residence Wilthener Str. 32 02625 Bautzen	FRAKTION VOR ORT Jörg Urban mit Thor Kunkel und Frank Peschel "Meinungsmache statt Information"
Do	03.09.20	10.00-14.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE der Stadtratsfraktion Kamenz mit Heiko Volkmer
Do	03.09.20	19.00 Uhr	Gaststätte Sachsenkrone Poststr. 1 01896 Ohorn	BÜRGERMEISTERWAHLKAMPF mit der AfD-Kandidatin Heike Lotze für Ohorn
Mi	09.09.20	19.00 Uhr	Lausitzhalle Lausitzer Platz 4 02977 Hoyerswerda	AfD - DIE NEUE VOLKSPARTEI Wahlkampfveranstaltung mit Marco Gbureck, OB-Kandidat Hoyerswerda und den Bundestagsabgeordneten Alice Weidel und Karsten Hilse
Do	10.09.20	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Do	10.09.20	19.00 Uhr	Hotel Residence Wilthener Str. 32 02625 Bautzen	VERANSTALTUNG mit Jörg Urban
Do	10.09.20	19.00 Uhr	Gaststätte Sachsenkrone Poststr. 1 01896 Ohorn	BÜRGERMEISTERWAHLKAMPF mit der AfD-Kandidatin Heike Lotze für Ohorn



Di	22.09.20	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	22.09.20	18.00 Uhr	Hotel Residence Wilthener Str. 32 02625 Bautzen	BUNDESTAGSFRAKTION VOR ORT mit Karsten Hilse und Siegbert Dröse
Mi	23.09.20	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	24.09.20	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Ankündigung Informationsfahrten 2020

Auch in diesem Jahr werden wir wieder Informationsfahrten nach Berlin für Sie organisieren. Aufgrund der Corona-Situation konnten leider die beiden ersten Fahrten nicht stattfinden.

Der nächste geplante Termin: 10./11. Dezember 2020

Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich bitte mit Name, Anschrift, Geburtsdatum und Geburtsort (dieses benötigen wir für die Anmeldung im Bundestag) für das gewünschte Datum bei uns unter folgender Emailadresse an: karsten.hilse.ma03@bundestag.de.

Für Rückfragen stehen wir ebenso unter Tel. 03591 / 3512744 gern zur Verfügung.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 16.8.2020

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 15./16.8.2020

CDU-Innenminister Wöller verleumdet Demonstranten als Rechtsextremisten

CDU-Innenminister Roland Wöller rief dazu auf, von den Corona-Protesten an der B96 Abstand zu halten, wenn dort verfassungsfeindliche Symbole gezeigt werden würden. Darüber berichtet der MDR.



Mario Kumpf, AfD-Wahlkreisabgeordneter für Löbau, erklärt:

„CDU-Innenminister Wöller scheint bei seinen Aussagen nur ein Ziel zu haben: den berechtigten Protest gegen die z.T. ausufernden Corona-Beschränkungen zu diskreditieren. Bisher wurden dort keine strafrechtlich verfassungsfeindlichen Symbole gezeigt. Wöller fabuliert nur etwas von angeblich gefährlichen Rechtsextremisten, damit die Proteste nicht noch mehr Zulauf bekommen.“

Tatsächlich gefährlich sind die Gegendemonstrationen der linksextremistischen Antifa. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie Teilnehmer eines Autokorsos mit abgeklebten Nummernschildern gefährlich auf die Demonstranten

zusteueren und erst in letzter Sekunde einlenken. Mehrere Strafanzeigen sind wegen diesen Attacken gestellt worden. Wöller sollte sich um die grassierende linksextreme Gewalt in Sachsen kümmern und nicht die Bürger bewusst verunglimpfen.“

<https://www.afdsachsen.de/cdu-innenminister-woeller-verleumdet-demonstranten-als-rechtsextremisten/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2020

Sachsens Dörfer verarmen: Mehr Geld für eigene Bürger!

Jedes zweite Dorf geht bei der Förderung des ländlichen Raumes leer aus, schreibt die „Sächsische Zeitung“. Viele Dörfer wüssten nicht mehr, wie sie dringend notwendige Sanierungen bezahlen sollen.

Thomas Thumm, Sprecher der AfD-Fraktion für den ländlichen Raum, erklärt:

„Die sächsischen Dörfer sind seit Jahren chronisch unterfinanziert. Es ist die Politik der CDU, die den ländlichen Raum zum Armenhaus gemacht hat. Die AfD-Fraktion hat ein umfangreiches Maßnahme-Paket für die Förderung des ländlichen Raumes vorgelegt (6/11443), um die Abwanderung zu stoppen. Jährlich sollen die Dörfer 250 Millionen Euro erhalten, für Straßen, Bäder, Schulen, Kitas, ÖPNV und andere wichtige Investitionen.

Die CDU-Regierung muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass ihr offensichtlich andere Projekte wichtiger sind, als die Sorgen der einheimischen Bürger. So zahlt der Freistaat jährlich über 300 Millionen Euro aus der eigenen Tasche für Asylbewerber. Durch die CDU-Politik der offenen Grenzen sind der überwiegende Teil der ‚Schutzsuchenden‘ Wirtschaftsmigranten ohne Anspruch auf Asyl. Da diese illegalen Einwanderer zusätzlich fast nie abgeschoben werden, muss die CDU-Regierung erhebliche Steuermittel für ihre Alimentierung aufbringen, die nun u.a. im ländlichen Raum fehlen.“

<https://www.afdsachsen.de/sachsens-doerfer-verarmen-mehr-geld-fuer-eigene-buerger/>



Werbeverbot für größte Oppositionspartei – Medien boykottieren AfD



Am 26. August 2020 beginnt in Sachsen eine Veranstaltungsreihe der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag. In mehreren Vorträgen und Diskussionen geht es um das Thema „Meinungsmache statt Informationen – Medien als Täuschungsanstalten.“ Neben Abgeordneten der AfD ist als Gastautor auch der international Medien- und Werbeexperte Thor Kunkel geladen, der zudem ein erfolgreicher Romanautor ist. Um so viele Bürger wie möglich darüber zu informieren, reichte die AfD-Fraktion Annoncen als Werbeanzeigen in sächsischen Medien ein.

Diese sollten – gegen Bezahlung – u.a. in der Leipziger Volkszeitung und in der Freien Presse abgedruckt werden. Beide ehemalige SED-Zentralorgane lehnte das ab. Die LVZ gehört heute zu großen Teilen der SPD. Die LVZ begründete die Ablehnung wörtlich: „ein wichtiger Pfeiler der Demokratie“ würde „in Frage gestellt. Am Ende wird eine Veranstaltung beworben, die letztlich auch die LVZ als Lügenpresse diffamiert.“ Die Freie Presse forderte schriftlich: „Sie

müssten also Ihre Werbung entsprechend ändern.“

Zusammenfassend kann konstatiert werden: Jegliche Kritik, die an den Berichterstattungen und der Themenauswahl der etablierten Medien getroffen wird, passt den Damen und Herren in den Schreibstuben nicht und soll demzufolge unterdrückt werden. So hebeln die Medien, die sich in eigener Sache immer wieder auf die Pressefreiheit berufen, ihre eigenen Grundsätze zur freien Berichterstattung aus. Kritik ist unerwünscht und eine Art Majestätsbeleidigung an den Gralshütern der politischen Korrektheit.

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/3235119016557594/?type=3&theater>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.8.2020

Medienboykott gegen die AfD geht weiter

Die „Sächsische Zeitung“ berichtet in einem Artikel über eine Anfrage der AfD-Abgeordneten Martina Jost über häusliche Gewalt in der Corona-Krise, ohne die AfD oder Jost als Quelle zu nennen. Gleichzeitig weigerte sich die LVZ, für eine Veranstaltung der AfD-Fraktion am 28.08. in Leipzig Werbung zu schalten. Ein Medienexperte wird hier über die einseitige Berichterstattung in den meisten Medien referieren.

„Der Boykott der AfD durch Sächsische Zeitungen nimmt immer abstrusere Formen an“, erklärt die Martina Jost. „Zum wiederholten Male nutzt die SZ, eine Zeitung mit SPD-Beteiligung, eine unserer Anfragen zu ihrem wirtschaftlichen Vorteil und verschweigt dabei die Quelle. Das ist absolut unüblich und wird so in keiner seriösen Zeitung praktiziert.

Dazu passt, dass die LVZ, eine andere Zeitung aus dem SPD-Medienimperium, keine bezahlte Werbung für unsere Veranstaltung schalten wollte. Offenbar stört es sie, dass ein Experte das allgemeine Mediengedörs unter die Lupe nimmt. Über geschicktes Weglassen von Informationen und ein gezieltes ‚Framing‘ kann man ein ganz bestimmtes Weltbild konstruieren. Neutrale Berichterstattung, die in einer Demokratie unerlässlich ist, sieht anders aus.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/2595-2/>

Sozialstaat bald unbezahlbar – eigene Bürger zuerst!

Der Sozialstaat wird bald nicht mehr bezahlbar sein, berichtet die WELT. Im letzten Jahr haben die Sozialausgaben um 4,5 Prozent zugenommen und aktuell die Billionen-Grenze übersprungen.

Jan Zwerg, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, erklärt:



„Seit Jahren ruiniert die CDU-Regierung unseren Sozialstaat. Sie verteilt das Geld der deutschen Steuerzahler an die ganze Welt, so dass die eigenen Bürger immer mehr das Nachsehen haben. So wurden z.B. aktuell zig Milliarden an südeuropäische EU-Staaten verschenkt, obwohl die Bürger in diesen Ländern über mehr Privatvermögen, mehr Wohneigentum und oft höhere Renten als die Deutschen verfügen.“

Ein weiteres Fass ohne Boden ist die von der CDU forcierte unkontrollierte Einwanderung. Millionen geringqualifizierter Migranten belasten die deutschen Sozialsysteme deutlich mehr, als sie selbst einzahlen. Das hat der Finanzexperte

Prof. Bernd Raffelhüschen errechnet.

Vom Kollaps des Sozialstaates wird besonders die Generation betroffen sein, die unseren Wohlstand erarbeitet hat. Sie muss demnächst mit weniger Rente und Unterstützung in der Pflege rechnen. Die AfD will diese unfaire Politik ändern.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/sozialstaat-bald-unbezahlbar-eigene-buerger-zuerst/>

Erneut westdeutsche Rektorin: Sind Osis für Chefposten zu dumm?

Die neue Rektorin der TU Dresden ist erneut eine Westdeutsche. Eine Studie aus dem letzten Jahr ergab, dass alle 81 Rektoren deutscher Universitäten aus dem Westen kamen.

Führungspositionen in ostdeutschen Gerichten, Museen und Medien sind ebenfalls fast ausschließlich mit Westdeutschen besetzt. Das zeigte eine Studie der Uni Leipzig.

Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt:

„30 Jahre nach der deutschen Einheit ist diese Entwicklung undemokratisch und besorgniserregend. Ich kann nicht glauben, dass Ostdeutsche für Führungspositionen zu dumm sind. Die Ursache können nur etablierte westdeutsche Seilschaften sein, die sich gegenseitig die gut bezahlten Jobs zuschieben. Die AfD fordert das Ende dieser unseligen Praxis.“

Neben der offensichtlichen Diskriminierung von Ostdeutschen, fördert die Vorherrschaft der Westdeutschen zusätzlich die Spaltung der Gesellschaft. Aufgrund ihrer Lebenserfahrung in einer linken Diktatur haben viele Ostdeutsche berechtigten Zweifel an weltfremder linker Politik – egal ob es um unkontrollierte Einwanderung oder die Etablierung einer EU-Schuldenunion geht. Diese Zweifel der Osis werden aber von Wessis in Führungspositionen oft ignoriert, diffamiert oder gar bekämpft.“

<https://www.afdsachsen.de/erneut-westdeutsche-rektorin-sind-osis-fuer-chefposten-zu-dumm/>



Meinungsfreiheit in der Kunst erneut mit Füßen getreten

Im Vorfeld der Ausstellung zum 30-jährigen Bestehen des Bundes Bildender Künstler in Leipzig haben zehn Aussteller ihre Werke zurückgezogen. Anlass ist die Teilnahme des in Halle geborenen Malers Axel Krause, dem AfD-nahe Positionen vorgeworfen werden. Bereits im vergangenen Jahr wurde er von der Leipziger Jahresausstellung ausgeschlossen.



Dazu erklärt Jörg Kühne, Abgeordneter aus Leipzig und AfD-Obmann im Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus im Sächsischen Landtag:

„Der Vorgang in Leipzig zeigt einmal mehr, dass Meinungsfreiheit in der Kunstwelt offenbar nur für linke Meinungen gelten soll. Natürlich steht es jedem Aussteller frei, seine Werke zurückzuziehen, wenn er mit der Teilnahme eines Anderen nicht einverstanden ist. Anstatt die Ausstellung jedoch als Möglichkeit zu begreifen, miteinander in einen künstlerischen Dialog zu treten, wollen die betreffenden Künstler Axel Krause öffentlich stigmatisieren und vernichten.“

Dies ist umso befremdlicher, als Axel Krause bei verschiedenen Gelegenheiten betont hat, dass er Politik und Kunst in seinem Leben strikt voneinander trennen möchte. Die aus den USA importierte ‚cancel culture‘ zeugt zudem von dem undemokratischen Weltbild linker Kräfte.

Ich wünsche dem Bund Bildender Künstler in Leipzig den Mut, weiterhin standhaft zu bleiben und zu verhindern, dass sich das Debakel um die Leipziger Jahresausstellung im vergangenen Jahr wiederholt. Alles andere wäre ein Armutszeugnis für die Kunstfreiheit in unserer gerade einmal 30 Jahre alten Demokratie!“

<https://www.afdsachsen.de/meinungsfreiheit-in-der-kunst-erneut-mit-fuessen-getreten/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.8.2020

Maskenpflicht-Chaos verhindern – Kommunen entlasten

Die Staatsregierung hat mit der Einführung eines Bußgelds bei Nichteinhaltung der Maskenpflicht ein „Bürokratie-Monster“ geschaffen, das für Behörden-Chaos sorgen wird. Laut BILD muss für jeden Verstoß eine schriftliche Anzeige inklusive schriftlicher Anhörung erfolgen. Zusätzlich wollen viele Kontrolleure der Verkehrsbetriebe nur mit Unterstützung der Polizei oder des Ordnungsamtes die Maskenpflicht kontrollieren.

Ivo Teichmann, kommunalpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Die AfD lehnt das unsinnige Bußgeld ab. Wir setzen beim Maskentragen auf Eigenverantwortung und Freiwilligkeit der Bürger, die bisher in Sachsen gut funktioniert hat. Auch lassen die aktuell geringen Infektionszahlen im Freistaat keine derart weitgehende Einschränkung der Grundrechte zu.“

Das nun angerichtete Behörden-Chaos zeugt von Inkompetenz in der CDU-geführten Staatsregierung. Kommunen und Polizei sind bereits überlastet und müssen nun zusätzlich diese

Sisyphusarbeit übernehmen. Die AfD will dagegen die Kommunen entlasten, statt ihnen weiteren fragwürdigen Ballast aufzubürden.“

<https://www.afdsachsen.de/maskenpflicht-chaos-verhindern-kommunen-entlasten/>

Anschlag durch abgelehnten Asylbewerber – Asyl-Chaos beenden

In Sachsen sind 45 Asylbewerber nicht mehr auffindbar, ergab die AfD-Anfrage (7/3338). Gleichzeitig wurde bekannt, dass der islamistische Anschlag in Berlin von einem abgelehnten Asylbewerber verübt wurde. Drei Menschen wurden dabei schwer verletzt.

Sebastian Wippel, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass Asylbewerber in Sachsen einfach verschwinden, ohne erkennbare Gegenmaßnahmen der CDU-geführten Staatsregierung. Die Gefahr für die Bürger ist einfach zu groß. Zum wiederholten Male haben abgelehnte oder untergetauchte Asylbewerber blutige islamistische Anschläge in Deutschland verübt.

Vor diesem Hintergrund grenzt es an Staatsversagen, dass in Sachsen über 13.000 ausreisepflichtige Ausländer leben, die nicht abgeschoben werden. Darunter sind sehr wahrscheinlich auch tickende Zeitbomben, wie der islamistische Anschlag in Berlin beweist. Zudem zeigen meine Anfragen zu den Mehrfach-Intensivstraf Tätern unter den Asylbewerbern, dass viele mit Duldung weiter zwischen Zittau und Delitzsch leben. CDU-Innenminister Wöllner ist auch in dieser Frage ein Totalausfall.

<https://www.afdsachsen.de/anschlag-durch-abgelehnten-asylbewerber-asyl-chaos-beenden/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 15./16.8.2020

Corona-Warn-App erweist sich als steuergeldfinanzierter Totalausfall

Nach Angaben des Robert Koch Instituts haben bisher 16,9 Millionen Menschen die sogenannte Corona-Warn-App heruntergeladen. Wie viele Personen sie aber nutzen, wie viele sie direkt gelöscht haben und wie viele Menschen ihre Daten in der Applikation geteilt haben, ist völlig unbekannt.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender, erkennt in der Diskussion um die vollkommen sinnlose Anwendung „viel Lärm um nichts“, der aber den Steuerzahler einmal mehr um einige Millionen ärmer machte:

„Angesichts der Milliarden, die Deutschland nun ins Ausland schickt, wirken die Kosten für verschenkte Masken und unsinnige Anwendungen schon fast wie eine Lappalie. Sie sind es aber nicht und jeder Euro wird im Land gebraucht.

Jedoch steht auch fest, dass die Bundesregierung – und insbesondere Jens Spahn als Gesundheitsminister – auch mit dieser Applikation ihre Unfähigkeit bewiesen haben. Keiner will sie, keiner braucht sie und keiner nutzt sie, aber die Bundesregierung bestand trotz aller berechtigter Zweifel auf die Durchsetzung dieses Unsinn und ging mit dem Kopf durch die Wand.

Die AfD hat dieses völlig überbewertete Machwerk von Anfang an abgelehnt – zu Recht, wie man nun weiß. Ein weiteres Mal hätte es viele Millionen Euro Steuergeld und der Bundesregierung viel Ärger gespart, hätte man auf die AfD gehört und auf die Entwicklung dieser Unsinnapp verzichtet!“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-corona-warn-app-erweist-sich-als-steuergeldfinanzierter-totalausfall/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2020

Linke bettelt: Gefährliche Ausländer nicht ausweisen!

Der Zahl der gefährlichen Ausländer, die sich in Deutschland aufhalten, steigt immer weiter. Gewaltverbrecher – Terroristen, Menschen von denen „eine Gefahr für die öffentliche Ordnung ausgeht“. Überwiegend Ukrainer, Albaner und Serben. Über 11.000 von ihnen wurden im vergangenen Jahr ausgewiesen, um für die Sicherheit der deutschen Bevölkerung zu sorgen.

Dagegen wehren sich allerdings die SED-Erben der Linkspartei. Deren Innenexpertin im Bundestag, Jelpke, meint: Diese teils fanatischen Gefährder hätten ihren Lebensmittelpunkt bei uns. Sie des Landes zu verweisen, wäre „grausam und falsch“.

So denkt die Linke und lässt es ihre Abgeordnete auch aussprechen. Volksvertreter. Nur welches Volk vertreten die? Das deutsche sicherlich nicht.

Für konsequente Abschiebung und einen realistischen Umgang mit gefährlichen Ausländern haben Sie nur eine Wahl: Vermasseln Sie den Deutschlandabschaffern von links und grün ihre verräterische Tour, mit einem Kreuz für die AfD!

[Der SPIEGEL als Bühne der Deutschlandabschaffer](#)

<https://afdkompakt.de/2020/08/17/linke-bettelt-gefaehrliche-auslaender-nicht-ausweisen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.8.2020

Merkels GroKo – zahnloser Tiger im Kampf gegen den islamistischen Terror. Neues Gesetz nicht einmal angewandt.

Die Große Koalition betreibt reine Symbolpolitik und trägt nichts zum Schutz der deutschen Bürger bei. Bisher konnten islamistische Terroristen, die in Deutschland leben, völlig unbehelligt ausreisen, im Ausland Terrorakte verüben und wieder zurückkehren. Der Grund: Sie haben die deutsche Staatsangehörigkeit, man kann ihnen die Einreise nicht verwehren.



Seit 2014 wurde nun darüber geredet und debattiert, solchen Terrorkämpfern unsere Staatsangehörigkeit zu entziehen. Nach fünf Jahren Gerede trat das Gesetz vergangenes Jahr in Kraft. Vor genau einem Jahr – und wurde seither genau kein einziges Mal angewendet.

Es ist offensichtlich völlig wirkungslos, denn es kann nur angewendet werden, wenn der Bomberleger oder Attentäter, der sich im vermeintlichen „heiligen Krieg“ befindet, noch eine zweite Staatsbürgerschaft hat. Es kann auch nicht angewendet werden bei Kindern oder rückwirkend. Für weit über 1000 Terroristen, die jetzt wieder in Deutschland sind, gilt das Gesetz nicht. Sie haben schon vor dessen Inkrafttreten gebombt und gemordet und können weiter völlig unbehelligt

unter uns leben.

Ein komplett sinnloses Gesetz – das kann genauso weg, wie Merkels gesamte GroKo. Reine Verschwendung von Steuergeld und lediglich die Illusion von verantwortungsvollem Regierungshandeln. Mit der AfD würden alle Gefährder, Terrorkämpfer, Terrorhelfer, straffällige Ausländer und vermeintliche Asylbewerber unser Land ganz schnell verlassen. Und einen deutschen Pass dürften sie dabei sofort abgeben. Das Gesetz ist an sich eine gute Idee. Man muss es nur verschärfen und tatsächlich auch anwenden. Macht dann die AfD, nach der Bundestagswahl – mit Ihrer Stimme wird das gelingen.

<https://afdkompakt.de/2020/08/18/merkels-groko-zahnloser-tiger-im-kampf-gegen-den-islamistischen-terror-neues-gesetz-nicht-einmal-angewandt/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.8.2020

Keine Vorabinformationen des Bundesverfassungsgerichts an gewogene Journalisten

Wegen seiner Vorabinformationspolitik an ausgewählte Journalisten gerät das Bundesverfassungsgericht zunehmend unter Druck. Nach der Kritik vom Deutschen Journalistenverband (DJV) hat sich zu Beginn dieser Woche auch der Deutsche Presserat zu Wort gemeldet. Das eigentlich für die Selbstkontrolle der Presse verantwortliche Gremium forderte das Bundesverfassungsgericht auf, die Praxis der Vorabinformation von Mitgliedern der sogenannten Justizpressekonferenz (JPK) zu beenden oder aber so auszudehnen, dass es nicht zu einer Benachteiligung anderer Journalisten kommen könne.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher, hält diese Praxis der Vorabinformation an ausgewählte Pressevertreter für skandalös und fordert ein generelles Ende dieser.

„Es liegt auf der Hand, dass eine solche Praxis gegen die Rechte der Prozessbeteiligten geradezu offensichtlich verstößt. Es ist eine für das Bundesverfassungsgericht peinliche Brückierung der Verfahrensbeteiligten und der nicht zum Kreis der bevorzugten Medienvertreter Gehörenden, dass diese vor der Urteilsverkündung keine Ahnung vom Inhalt der zu verkündenden Entscheidung haben, während willkürlich ausgesuchte Journalisten, auch solche des angeblich staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunks, bereits Leitartikel über den Fall verfassen können.“

Meiner Kenntnis nach war dieses rechtsstaatswidrige Gebaren des Bundesverfassungsgerichts lange Zeit nahezu ‚geheim‘ und man wusste, weshalb. Erst im Rahmen des Verfahrens der Alternative für Deutschland gegen Bundesinnenminister Seehofer, anlässlich dessen Seehofer wegen politischen Amtsmissbrauchs verurteilt wurde, kam diese rechtsstaatswidrige Praxis des höchsten deutschen Gerichts an die Öffentlichkeit. Die AfD klagte im einstweiligen Rechtsschutzverfahren dagegen, leider erfolglos. Wir gehen aber nun verwaltungsrechtlich im Hauptsacheverfahren dagegen vor.

Es muss ausgeschlossen werden, dass eine solche Vorgehensweise weiter verfolgt wird oder sich sogar auf andere Gerichte überträgt. Offenbar hat es aber bislang lediglich das Bundesverfassungsgericht an der notwendigen Sensibilität missen lassen. Ich frage mich, ob man sich damit die ausgesuchten Medienvertreter gewogen machen wollte. Fest steht: Dieses Bevorzugen von einigen Medienvertretern und offenbare Heischen nach eigenen medialen Vorteilen durch das Bundesverfassungsgericht muss sofort beendet werden!“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-keine-vorabinformationen-des-bundesverfassungsgerichts-an-gewogene-journalisten/>

Staatsfunk hat auch in der Corona-Krise versagt

Eine aktuelle Studie zeigt auf, dass ARD und ZDF in den ersten Monaten der Corona-Berichterstattung einen massenmedialen Tunnelblick erzeugt haben. Gesellschaftlich relevante Themen jenseits Corona seien ausgeblendet worden. Die Wissenschaftler kamen zu dem Ergebnis, dass Maßnahmen in der Corona-Pandemie grundsätzlich hinterfragt werden müssten und der Journalismus differenzierter zu sein habe.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher, macht deutlich, dass sich gerade in der aktuellen Situation gezeigt habe, dass „ARD und ZDF sich selbst als Staatsfunk begreifen, der

nichts tut als die Regierungsmaßnahmen gutzuheißen, den Regierungswillen umzusetzen und der Regierung nach dem Mund zu reden“.

„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist seinem schlechten Ruf immer wieder gerecht geworden: eine kritische, regierungsferne Berichterstattung findet sich dort nicht – im Gegenteil. Es wird Panik verbreitet, den Menschen Angst gemacht und der Bevölkerung eingetrichtert, das Regierungshandeln, das Außerkraftsetzen von Grundrechten und die zahlreichen Einschränkungen seien zwingend erforderlich, alternativlos und das beste Regierungshandeln auf der Welt.

Mit Journalismus hat das Ganze aber nichts zu tun: es ist reinste Hofberichterstattung, ARD, ZDF & Co. sind Marionetten der Altparteien. Mit unser aller **Zwangsgebühren** finanzieren wir Regierungsdauerwerbesendungen, die die einzige Opposition nicht zu Wort kommen lässt und völlig versagt hat. Das muss ein Ende haben: Schluss mit dem Staatsfunk! Schluss mit dem Zwangsfunk!“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-staatsfunk-hat-auch-in-der-corona-krise-versagt/>

Setze das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz virtuelle Agenten gegen AfD-Abgeordnete ein?

Carsten Hütter, Bundesvorstandsmitglied und sächsischer Landtagsabgeordneter, fasst die handfeste Krise des sächsischen Verfassungsschutzes wie folgt zusammen:

„Der Wechsel an der Spitze des sächsischen Verfassungsschutzes am 1. Juli 2020 begann mit einem handfesten Skandal. Es wurde bekannt, dass unter dem abgelösten Verfassungsschutzpräsidenten Gordian Meyer-Plath rechtswidrig Daten von sächsischen AfD-Abgeordneten gespeichert worden seien. Auf einer eilig einberufenen Pressekonferenz zu diesem Thema sprach dann auch der Innenminister Prof. Wöller davon, dass sich die Amtsführung an Recht und Gesetz halten müsse und bestätigte damit die Auffassung von der Illegalität der Abgeordnetenüberwachung. Ein paar Tage später verlautbarte der neue Verfassungsschutzchef Dirk-Martin Christian, dass die gesammelten Daten noch einmal zügig auf ihren rechtlichen Bestand überprüft würden.

Fakt ist, dass es für die Beobachtung von Mandatsträgern besonders hohe Hürden gibt. Eine solche wäre beispielsweise dann zulässig, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Abgeordnete sein Mandat zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht oder diese aktiv und aggressiv bekämpft. Solche Anhaltspunkte lagen aber gerade nicht vor, sodass die Datenspeicherung bereits aus diesem Grunde rechtswidrig war.

Damit aber nicht genug. Sofern nämlich bei der Beobachtung Methoden der heimlichen Informationsbeschaffung angewendet werden, sind die Hürden nochmals höher gesetzt. Die sogenannten nachrichtendienstlichen Mittel dürfen gegen Landtagsabgeordnete gemäß Paragraph 5 Absatz 4 Sächsisches Verfassungsschutzgesetz nur angewandt werden, wenn sie zuvor vom Präsidenten des Landtages genehmigt worden sind. Eine solche Genehmigung ist allerdings nicht bekannt. Damit bekommt die Frage, ob der sächsische Verfassungsschutz auch im Verdeckten vorgeht, also nicht nur auf öffentlich zugängliches Material zurückgriff, eine besondere Brisanz.

Bisher ist letzteres nicht auszuschließen, ja, es ist sogar sehr wahrscheinlich. Es ist beispielsweise bekannt, dass der Verfassungsschutz besonderes Augenmerk auf die Kontrolle beziehungsweise

Sichtung von sozialen Medien, wie Facebook, legt. Bekannt ist ebenfalls, dass der Verfassungsschutz dabei – der technischen Entwicklung angepasst – seine Mitarbeiter auch in der digitalen Welt verdeckt arbeiten lässt. Warum also sollten sich die Landesamtbediensteten nicht beispielsweise – unter Verwendung eines Fake-Profiles – als ‚falsche‘ Freunde getarnt den Zugang zu Chatgruppen der Abgeordneten erschlichen haben oder sogar in einen Nachrichtenaustausch mit diesen getreten sein?

Die Aussicht auf eine solche vergleichsweise unkomplizierte Art der Informationsbeschaffung über virtuelle Agenten muss verlockend gewesen sein. Es steht zu befürchten, dass die Verfassungsschutzmitarbeiter dem nicht widerstehen konnten. In solchen Fällen wäre eine rote Linie zweifelsohne überschritten, das Amt hätte klar rechtswidrig gehandelt. Erschwerend kommt hinzu, dass juristisches Fachpersonal beim Verfassungsschutz so gut wie nicht vorhanden ist. Eine korrekte interne Analyse darüber, was zulässig ist und was nicht, war so kaum möglich.

Die mangelhafte Analysefähigkeit in Gänze wird schon seit Jahren bemängelt. Es liegt nun an dem Innenminister Prof. Wöllner und dem neuen Verfassungsschutzchef Christian, die möglichen illegalen Tätigkeiten des Verfassungsschutzes zu prüfen sowie entsprechende Verdachtsmomente konsequent und transparent auszuräumen.“

<https://www.afd.de/carsten-huetter-setzte-das-saechsische-landesamt-fuer-verfassungsschutz-virtuelle-agenten-gegen-afd-abgeordnete-ein/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 15./16.8.2020

Die Lösung für Weißrussland liegt in Moskau

Nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl in Weißrussland ebbt die landesweiten Proteste gegen Präsident Lukaschenko nicht ab. Die Lage droht zu eskalieren.

Dazu teilt der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Armin-Paulus Hampel, mit:

„Die aktuelle Lage in Weißrussland ist unübersichtlich und von außen nur schwer einzuschätzen. Die Forderung westlicher Politiker nach Sanktionen ist daher grundsätzlich falsch (bringen nie etwas) und würden die Situation nur weiter verschärfen. Der Westen täte gut daran, sich aus Weißrussland herauszuhalten. Wir sollten besser Ruhe bewahren und nicht die gleichen Fehler wie 2014 in der Ukraine begehen.“

Die Lösung der Krise liegt ohnehin nicht in Brüssel oder Washington, schon gar nicht in Berlin, sondern in Moskau. Weißrussen und Russen haben eine sehr enge Verbindung zueinander. Der Westen muss dies akzeptieren. Präsident Putin ist schon seit langem auf Distanz zu Lukaschenko gegangen und mahnte ihn zu Reformen. Durch den Druck der Straße wird Lukaschenko nun hoffentlich auf seinen russischen Amtskollegen hören.“

<https://www.afdbundestag.de/hampel-die-loesung-fuer-weissrussland-liegt-in-moskau/>

Forderung nach Vier-Tage-Woche ist ein sozialistischer Irrweg

Knapp sieben Millionen Beschäftigte befinden sich noch immer in Kurzarbeit. Eine Gesundung der durch die völlig überzogenen Anti-Corona-Maßnahmen der Bundesregierung gebeutelten Branchen ist nicht in Sicht. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann schlägt nun vor, in der kommenden Tarifrunde die Vier-Tage-Woche als Allheilmittel zu verordnen. Dahinter steht der Gedanke, dass man mehr Beschäftigte in Arbeit halten kann, wenn alle weniger arbeiten. Auch Linken-Chefin Katja Kipping hatte bereits im Juli die Vier-Tage-Woche gefordert. Jeder solle maximal 30 Stunden arbeiten, der Staat soll ein Jahr lang Zuschüsse zahlen, um das neue Arbeitszeit-Modell Arbeitgebern und Beschäftigten schmackhaft zu machen.

Dazu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete und Obmann der AfD-Fraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Uwe Witt, mit:

„Wenn die Vier-Tage-Woche jetzt von verschiedenen Seiten diskutiert wird, ist es an der Zeit, mit dem Mythos dieses trojanischen Pferdes aufzuräumen. Abgesehen davon, dass dies ein massiver Eingriff in die Tarifautonomie wäre, steht fest: Wenn die Menschen nur noch vier statt fünf Tage

arbeiten, und einen kompletten oder teilweisen Ausgleich erhalten, dann verteuern sich die Arbeitskosten in Deutschland.

Staatliche Anschubfinanzierung für ein Jahr – und danach? Es gibt drei Möglichkeiten. 1. Der Sozialstaat wird dauerhaft belastet. Das wird sich auch eine große Volkswirtschaft nicht leisten können. 2. Die Arbeitgeber übernehmen nach einem Jahr die staatlichen Subventionen. Ebenso unwahrscheinlich, denn viele Unternehmen befinden sich ohnehin schon am Rande ihrer wirtschaftlichen Belastbarkeit. Verteuern sich die Arbeitskosten weiter, sinkt auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exportnation Deutschland. 3. Die reduzierte Arbeitszeit wird sich auf das Lohnniveau niederschlagen. Und natürlich werden insbesondere die Niedriglöhner davon stark betroffen sein. Das ist die wahrscheinlichste Option. Linke und Gewerkschaften schaden mit ihrem Vorschlag einer Vier-Tage-Woche langfristig also ihrer eigenen Klientel.

Und noch eines ist zu bedenken. Die Einführung der Vier-Tage-Woche ist eine Einbahnstraße ohne Wendehammer. Wenn sich die Familien erst einmal daran gewöhnt haben, dass Mama und Papa am Freitag nicht arbeiten und stattdessen zuhause sind, dann wird sich ganz schnell das neue Lebensgefühl „fridays for family“ etablieren. Ist die Zahnpasta erst einmal aus der Tube, bekommt man sie nicht mehr in diese zurück. Mit anderen Worten: Wer wird nach Corona für denselben oder einen ähnlichen Lohn plötzlich wieder fünf Tage in der Woche arbeiten wollen?

Die Vier-Tage-Woche ist ein trojanisches Pferd, weil die Arbeitszeitverkürzung bei vollem oder teilweisem Lohnausgleich die direkte Subventionierung von Arbeit ist. Beschäftigte arbeiten, damit sie arbeiten. Willkommen im Sozialismus.“

<https://www.afdbundestag.de/witt-forderung-nach-vier-tage-woche-ist-ein-sozialistischer-irrweg/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2020

256.000 Ausreisepflichtige! Versagen der Bundesregierung sorgt für neuen Rekordwert!

Aufgrund geringer Abschiebequoten und zusätzlich ausbleibender Rückführungen wegen der Corona-Pandemie ist ein neuer Rekordwert zu verzeichnen: 256.000 Personen in Deutschland sind ausreisepflichtig. Gerade einmal 4.600 Migranten wurden im ersten Halbjahr 2020 in die jeweiligen Heimatländer verbracht, darunter auch Asylbewerber, die laut Dublin-Regelung in die zuständigen Dublin-Staaten rückgeführt wurden. Wie gering das Interesse der Bundesregierung bei der Umsetzung von Recht ausfällt, lässt sich daran festmachen, dass von den 272.000 Ausreisepflichtigen 221.000 Personen geduldet werden - sie alle müssen mittelfristig keine Abschiebung erwarten.



Das Vollzugsdefizit bei der Ausschaffung illegaler Migranten wird anhand dieser hunderttausendfachen Duldungen mehr als offensichtlich. Es genügt hier schon keine

Reisedokumente vorweisen zu können, damit der deutsche Staat vor seiner eigentlichen Aufgabe kapituliert. Wer hier ankommt, möchte ohnehin nicht mehr weg, denn die besonders hohen Sozialleistungen und der Fakt, dass auch abgelehnte Asylbewerber 15 Monate nach ihrer Einreise

in Höhe der Sozialhilfe alimentiert werden, machen den Aufenthalt in Deutschland gemütlich.

Kein Wunder, wenn jeder vierte Bundesbürger Migration als Bedrohung empfindet, als nicht mehr steuerbare Zuwanderung - verbunden mit Milliarden Steuergeldern, einem immer weiter schwindenden Sicherheitsgefühl und einschlägigen Gewalterfahrungen. Wo Großbritannien inzwischen den Einsatz von Kriegsschiffen erwägt, um der Lage wieder Herr zu werden, überbieten sich Bundesländer wie Thüringen, Hessen oder Berlin bei dem Wunsch noch mehr Asylbewerber aufzunehmen. So setzt sich das Chaos unverändert fort und wird in naher Zukunft noch ganz andere Dimensionen als die 256.000 Personen annehmen. Jeder Ausreisepflichtige muss konsequent abgeschoben werden. Das ist der Rechtsstaat den Bürgern schuldig!

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus213682124/Migration-Warum-inzwischen-272-000-Ausreisepflichtige-im-Land-leben.html?tic>

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/3566062846738258/?type=3&theater>

Schattenmieten in Berlin – tausenden Mietern droht böses Erwachen

Nach einer Untersuchung des Hamburger Forschungsinstituts F + B werden in Berlin zunehmend Schattenmieten vereinbart, um die Folgen des Mietendeckels zu umgehen.

Der Obmann der AfD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen Udo Hemmelgarn, erklärte dazu:

„Berlin fungiert unter dem rot-rot-grünen Senat praktisch als Zukunftslabor für die angestrebte Umgestaltung der Gesellschaft. Am Mietendeckel kann man schon jetzt erkennen, welchen Schaden diese pseudosozialistische Chaoswirtschaft anrichtet.

Neben der geringeren Miete, die durch den Mietendeckel vorgegeben wird, vereinbaren die Mietvertragsparteien eine höhere Schattenmiete, die gelten soll, wenn sich der Mietendeckel als verfassungswidrig und damit unwirksam erweist.

Tausende Berliner Mieter sind damit dem Risiko erheblicher Rückforderungen ausgesetzt. Daneben tritt die Gefahr einer außerordentlichen Kündigung, wenn die Mieter die rückständigen Mieten nicht unverzüglich ausgleichen können.

Während sich die zurückgetretene Bausenatorin und Erfinderin des Mietendeckels, Frau Lompscher, an ihrer Übergangsvorsorge erfreut und Michael Müller sich anschickt, als Bundesbauminister das Berliner Modell auf ganz Deutschland zu übertragen, werden tausende Berliner mit den Risiken des Mietendeckels allein gelassen. Der Berliner Senat muss dieses Experiment, das zu Lasten der Berliner Mieter und Vermieter geht, sofort beenden. Für die Bundespolitik müssen die Berliner Verhältnisse ein abschreckendes Beispiel sein. Ein derartiges Desaster darf sich deutschlandweit nicht wiederholen.“

<https://www.afdbundestag.de/hemmelgarn-schattenmieten-in-berlin-tausenden-mietern-droht-boeses-erwachen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.8.2020

CDU-Verbotsfantasien stoppen, auch bei Reisen

Am vergangenen Freitagabend hat das Auswärtige Amt für das spanische Festland und die Balearenischen Inseln eine offizielle Reisewarnung ausgesprochen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph Ploß hat im Zuge der letzten Reisewarnung gefordert, Urlaubsreisen nach Mallorca oder in andere Risikogebiete komplett zu verbieten.

Zur Forderung des Reiseverbots erklärt Sebastian Münzenmaier, Vorsitzender des Tourismusausschuss im deutschen Bundestag und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion:

„Wenn wir unseren Bürgern nicht endlich wieder das Vertrauen entgegen bringen eigenverantwortlich Entscheidungen zu treffen, dann riskieren wir den Fortbestand unserer freiheitlichen Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger können, unter Wahrung der Hygiene- und Abstandsregeln, weiter sicher ihren Urlaub verbringen. Hysterische Forderungen wie die des Abgeordneten Ploß helfen in so einer Lage überhaupt nicht weiter, sondern schaffen Panik, Angst und Unsicherheit. Pauschalisierte Reisewarnungen oder gar Reiseverbote lehnen wir strikt ab.“

Münzenmaier ergänzt mit Blick auf die CDU-Fraktion im deutschen Bundestag:

„Die Verbotskultur der CDU nimmt immer fragwürdige Formen an. Nachdem der Abgeordnete Schuster bereits Anfang August das in der derzeitigen Form geltende Versammlungsgesetz in Frage stellte, prescht nun der Abgeordnete Ploß mit völlig unverhältnismäßigen Reise-Verbotsfantasien an die Öffentlichkeit. Die Grundrechte der Versammlungs- und Reisefreiheit gelten auch in Pandemiezeiten. Die CDU befindet sich derzeit in einem wahren Corona-Verbots-Wahn.“

<https://www.afdbundestag.de/muenzenmaier-cdu-verbotsfantasien-stoppen-auch-bei-reisen/>

Corona-Gefahr im Freien vernachlässigbar – Bevölkerung aufklären statt Panik schüren

Eine neue Studie aus China belegt, dass die meisten Corona-Ansteckungen in geschlossenen Räumen stattfinden. 320 Ereignisse wurden auf Corona-Neuinfektionen untersucht. Nur in einem einzigen Fall geschah die Ansteckung im Freien.

Der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Detlev Spangenberg, sagt dazu:

„Statt Panik zu schüren, muss das den Menschen in Deutschland klar kommuniziert werden. Das heißt, eine unnötige Beschränkung von Freiplätzen im Gastronomiebereich und bei Großveranstaltungen im Sportbereich könnte aufgrund dieses Untersuchungsergebnisses neu bewertet werden. So könnten die Menschen ein Stück Freiheit zurückgewinnen.“

Das heißt weiter: Die Bundesregierung sollte diese Untersuchungsergebnisse ebenfalls in ihre Handlungsempfehlungen mit einbeziehen.

Wissenschaftliche Erkenntnisse – wie diese aktuellen aus China – müssen die Basis für politisches Handeln sein und keine Symbolpolitik, mit der die Menschen nur in Alarmstimmung gehalten

werden.“

<https://www.afdbundestag.de/spangenberg-corona-gefahr-im-freien-vernachlaessigbar-bevoelkerung-aufklaeren-statt-panik-schueren/>

Groko verschleppt Insolvenzen

Die Ausdehnung des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate, die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht für Pleite-Unternehmen bis Ende März 2021 - was die Große Koalition derzeit für eine Schattenwirtschaft installiert, ist beispiellos. Vom dürftigen Corona-Krisenmanagement hin zur Insolvenz- und Krisenverschleppung - es treibt Ökonomen den Angstschweiß auf die Stirn, welche Finten die SPD-Minister Christine Lambrecht und Genossen-Kanzlerkandidat Olaf Scholz derzeit mit Rückendeckung durch die Union aushecken. Noch mehr Schulden, Kurzarbeit und Eingriffe ins Insolvenzrecht können nur kurzzeitig die katastrophale Lage der Wirtschaft verschleiern.



Doch genau darum geht es der Großen Koalition. Ein Jahr vor der Bundestagswahl will man nicht riskieren, von den Wähler abgestraft zu werden, die dank Massenentlassungen ihren Arbeitsplatz und damit vielfach ihre Existenz verloren haben. Im Juli waren bereits 2,91 Millionen Menschen ohne Job. Die Unfähigkeit der Bundesregierung riskiert den Wirtschaftsstandort Deutschland mit fatalen Folgen für unseren Wohlstand und die Schuldenlast nachfolgender Generationen. Kurzarbeitergeld, das kaum zum Leben reicht plus eine im kommenden Frühjahr hereinbrechende Pleitewelle von heute Insolvenz verschleppenden Unternehmen, das ist nur die Spitze des Eisbergs. Am Ende wird die explosive Gemengelage keinen Stein mehr auf dem anderen lassen. Hauptsache, Finanzminister Scholz und mit ihm die GroKo können sich in die nächste Legislatur, womöglich direkt ins Kanzleramt flüchten!

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/3568958459782030/?type=3&theater>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.8.2020

Wieder ein Terroranschlag, der zu verhindern gewesen wäre

Zum islamistischen Terroranschlag auf einer Berliner Autobahn teilt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Gottfried Curio, mit:

„Der neueste islamistische Terroranschlag mit mehreren Schwerverletzten auf der Berliner Autobahn wäre – wie so oft – zu verhindern gewesen: wieder einmal handelt es sich beim Täter um einen Ausländer, der hier nur geduldet wird – unter der unzutreffenden Begründung, man könne ihn nicht in den Irak abschieben.

Dass das finanzielle und eben selbst das leibliche Wohl der eigenen Bevölkerung unter dieser Regierung zurückzustehen hat, wenn es nur um die immer weitergehende Verfestigung des

Aufenthalts von eigentlich nicht aufenthaltsberechtigten Ausländern geht, die als Asyl-Behafter von unserer Regierung eingeladen und hofiert werden, ist zwar inzwischen sattsam bekannt; es wird aber durch solche drastischen Fälle immer wieder in seiner menschenverachtenden Kaltblütigkeit entlarvt.

Dass die Veränderung der Bevölkerungsstruktur nicht nur gewünscht ist, sondern man hierzulande in der Umsetzung dabei auch ohne Rücksicht auf Verluste vorgeht, weiß die deutsche Bevölkerung schon länger: ohne mit der Wimper zu zucken, werden von der Regierung die nach Hunderttausenden zählenden Migranten-Straftaten in Kauf genommen, deren Ermöglichung – durch die permanent offen gehaltene, bewusst nicht geschützte Grenze – dieser Regierung zu 100 Prozent zuzurechnen ist.

Im Falle der SPD und bei Merkel selbst wundert solch eine hart anti-deutsche Politik wenig; dass man sich in der gesamten CDU/CSU aus opportunistischen Gründen dieser Politik ergeben hat, zeigt, dass Deutschland von dieser Union nichts mehr zu erwarten hat – außer Zerstörung. Zeit für einen grundsätzlichen politischen Wechsel.“

<https://www.afdbundestag.de/curio-wieder-ein-terroranschlag-der-zu-verhindern-gewesen-waere/>

Terroranschlag? Iraker verletzt sechs Menschen auf Autobahn!

Drei Unfälle, sechs Verletzte und lautes „Allahu Akbar“-Gedrüll auf der Berliner Stadtautobahn - das ist die Bilanz einer mutmaßlich terroristisch motivierten Fahrt eines 30-jährigen Irakers gestern Abend. Der Mann verursachte gegen 18.35 Uhr nacheinander in Wilmersdorf, Schöneberg und Tempelhof drei Unfälle auf der A100, verletzte sechs Menschen, drei von ihnen schwer. Die Polizei geht davon aus, dass er gezielt handelte. Besonders hart traf es vier Motorradfahrer, die der Iraker mit seinem Opel Astra regelrecht niedermähte. Einer von ihnen musste am Innsbrucker Platz reanimiert werden. Als der Wagen zum Stillstand kam, stellte der Täter eine Metallkiste auf das Autodach und sagte sinngemäß: „Keiner kommt näher, sonst werdet ihr alle sterben“.



Die ihn überwältigenden Beamten sicherten das Fahrzeug, Sprengstoffexperten gaben schließlich Entwarnung. Die A100 musste mehrere Stunden in beide Richtungen gesperrt werden. Der Stau zog sich übers gesamte Kreuz Schöneberg bis zum Dreieck Funkturm. Inzwischen sitzt der Iraker in Untersuchungshaft in der Gefangenessammelstelle am Tempelhofer Damm.

Die Ermittlungsarbeiten werden die näheren Hintergründe ans Licht bringen, ebenso, ob der Täter schon zuvor auffällig wurde. Abermals wird deutlich, dass die Einwanderungs- und Integrationspolitik vollständig gescheitert ist. Ich wünsche allen Verletzten eine schnelle Genesung.

<https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/unfall-chaos-auf-a100-sprengstoff-alarm-auf-berliner-stadtautobahn-72457770.bild.html>

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/3571790926165450/?type=3&theater>

Keine gebührenfinanzierte Anti-Polizei-Hetze

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Christian Wirth ist entsetzt über die Darstellung der Polizei im öffentlich-rechtlichen Funk-Format „Aurel“.

Wirth erklärt:

„Die deutsche Polizei darf nicht unkritisch sein, aber ein Hetzbeitrag, der ohne jeden Anlass Stereotype von Rassismus und Brutalität bis hin zum Mord reproduziert, leistet Hass und Gewalt gegen Beamte Vorschub. In der bereits aufgeheizten Stimmung gegen die Polizei, dank der unkritischen Übernahme von Vorurteilen aus den USA, muss gerade ein gebührenfinanziertes Angebot seiner Verantwortung gerecht werden.

Nach aktuellsten Zahlen, wurden im vergangenen Jahr im Schnitt 200 mal pro Tag Polizisten angegriffen, bespuckt oder beleidigt. Unsere Beamten halten ihren Kopf wortwörtlich für unsere Sicherheit und unseren Rechtsstaat hin. Der Dank dafür ist Respektlosigkeit und Gewalt, flankiert von medialer Hetze und gezielter Gängelei durch die Politik. Die neueste Eskalationsstufe ist ein Video des öffentlich-rechtlichen funk-„Künstlers“ Aurel Mertz, in dem Polizisten, beim reinen Anblick eines möglichen Ausländers, diesen durch einen Scharfschützen hinrichten. Die Idee, dass so etwas ein satirisch-kritischer Blick auf eine auch nur in Extremfällen existierende Realität unserer Polizei sein kann, ist lächerlich. Aurel Mertz und die hinter ihm stehende Produktion, müssen sich eindeutig und öffentlich entschuldigen. Er muss dies vor allem über seine Kanäle in den sozialen Medien tun, um genau die grundsätzlich junge und minderjährige Zielgruppe zu erreichen, auf die mit seinem Format auch das ursprüngliche Hetzvideo ausgerichtet war.

Der Fall wirft auch die allgemeine Frage auf, was gebührenfinanziertes Programm überhaupt in den neuen Medien zu suchen hat, die sich gerade dadurch auszeichnen, dass sie durch eine Vielfalt an nutzerorientierten Verdienstmöglichkeiten eine lebendige und selbstständige Medienlandschaft erschaffen haben. Solch unabhängige Künstler haben sich dann auch nur gegenüber ihren Zuschauern zu verantworten. Gebührenfinanzierter ‚funk‘ ist gegenüber den Gebührenzahlern verantwortlich.“

<https://www.afdbundestag.de/wirth-keine-gebuehrenfinanzierte-anti-polizei-hetze/>

Internationales Engagement in Mali gescheitert

Gestern wurde der malische Präsident Ibrahim Boubacar Keïta und hochrangige Vertreter der Regierung vom Militär festgesetzt. Kurz darauf verkündete Keïta seinen sofortigen Rücktritt. Dazu äußert sich der außenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Armin-Paulus Hampel:

„Die jüngsten Ereignisse in Mali zeigen erneut, dass das langjährige Engagement der internationalen Gemeinschaft in dem westafrikanischen Land keine nachhaltigen Erfolge erzielen konnte. Die malische Regierung hat es nicht geschafft – trotz massiver Unterstützung aus dem Ausland – das Land zu stabilisieren. Ausgerechnet das Militär, welches seit sieben Jahren auch von deutschen Bundeswehrsoldaten ausgebildet wird, wirft nun die immerhin halbwegs demokratisch gewählte Regierung in Bamako über den Haufen. Nur wenige Stunden haben dafür ausgereicht.

Die jetzt zu hörenden Appelle, unter anderem von Außenminister Maas, nach einer Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung sind ein Zeichen der Ohnmacht. Die westliche Wunschvorstellung, einen demokratischen Nationalstaat in Mali zu errichten, war von

Anfang an zum Scheitern verurteilt. Dafür ist das Land ethnisch und kulturell viel zu heterogen. Ohnehin war es um die demokratische Kultur in Mali nie gut bestellt. Vor der letzten Parlamentswahl wurde sogar der Vorsitzende einer Oppositionspartei entführt – er ist bis heute nicht wieder aufgetaucht. Überraschenderweise spielte dies in den deutschen Medien kaum eine Rolle.

Inmitten des Umsturzes sitzen nun rund tausend Bundeswehrsoldaten in ihren Feldlagern fest und warten die Ereignisse ab. Die AfD-Fraktion hat schon lange auf die Afghanisierung der sich verschärfenden Sicherheitslage in Mali aufmerksam gemacht und einen Abzug der deutschen Truppen gefordert. Der gestrige Putsch hat die Richtigkeit unserer Forderung erneut bestätigt. Stattdessen sollten wir Afrika lieber den Afrikanern überlassen.“

<https://www.afdbundestag.de/hampel-internationales-engagement-in-mali-gescheitert/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.8.2020

Bundesdatenschutzbeauftragter und Freie Ärzteschaft stellen sich an die Seite der AfD-Fraktion

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Prof. Ulrich Kelber hat am 19.08.2020 angekündigt, „aufsichtsrechtliche Maßnahmen gegen die gesetzlichen Krankenkassen in meiner Zuständigkeit“ zu ergreifen, „wenn das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) in seiner derzeitigen Fassung umgesetzt werden sollte.“

Den völlig unzureichenden Patientendatenschutz hatte der gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Detlev Spangenberg, schon am 03.07.2020 in seiner Rede in der Debatte zum PDSG angeprangert (BT-Drucks.

19/171, <https://www.afdbundestag.de/spangenberg-patientendaten-schutz-gesetz-enthaelt-zu-viele-offene-fragen-und-offensichtliche-unzulaenglichkeiten/>).

Neben dem Bundesdatenschutzbeauftragten stellt sich jetzt auch die Freie Ärzteschaft an die Seite der AfD-Fraktion. Deren stellvertretende Vorsitzende, Silke Lüder, wandte sich heute im Deutschlandfunk unter anderem gegen die vorgesehene zentrale Datenspeicherung.

„Die AfD lehnt die Schaffung einer solchen zentralen Datenbank zur Speicherung sensibler Gesundheitsdaten ab“, heißt es dazu schon im Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2017.

Spangenberg erklärt dazu: „Dabei kann es aber nicht bleiben. Der Bundesdatenschutzbeauftragte hat völlig recht, wenn er jetzt feststellt, Digitalisierung könne niemals Selbstzweck sein. Der Schutz der Versicherten und ihrer Gesundheitsdaten müsse immer im Vordergrund stehen. Das gilt dann aber nicht nur zum PDSG, sondern in allen Bereichen. Deshalb hat die AfD-Bundestagsfraktion zum Beispiel einen Antrag in den Bundestag eingebracht, den Grundrechten wieder Geltung zu verschaffen und eine Datensammlung durch eine Corona-App auszuschließen (BT-Drucks. 19/18976).“

<https://www.afdbundestag.de/spangenberg-bundesdatenschutzbeauftragter-und-freie-aerzteschaft-stellen-sich-an-die-seite-der-afd-fraktion/>



Video-Empfehlungen

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMq5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD:

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Meldungen aus Deutschland und der Welt

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08gQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gq#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Brandenburg: Schulleiter hebt Maskenpflicht auf - und wird entlassen

<https://www.gmx.net/magazine/news/coronavirus/brandenburg-schulleiter-hebt-maskenpflicht-entlassen-34995098>

Corona und das Schweigen des Robert Koch-Instituts

<https://deutsch.rt.com/inland/105656-corona-und-schweigen-robert-koch/amp/>

Niedersachsen: Campingplatz erlaubt Zutritt nur noch mit Corona-App - erste Gäste reisen ab

https://www.focus.de/reisen/deutschland/pandemie-ab-heute-campingplatz-erlaubt-zutritt-nur-noch-mit-corona-app_id_12330417.html

Grundschule in Graal-Müritz umsonst geschlossen?

<https://www.bild.de/regional/mecklenburg-vorpommern/mecklenburg-vorpommern-news/kind-zweimal-negativ-getestet-wurde-schule-umsonst-geschlossen-72345416.bild.html>

Medienbericht: Fasching 2020/21 soll bundesweit komplett ausfallen

<https://www.antenne.de/nachrichten/deutschland/medienbericht-fasching-2020/21-soll-bundesweit-komplett-ausfallen>

Abgeordnete sollen im Bundestag ab September Masken tragen

<https://www.rnd.de/politik/maskenpflicht-im-bundestag-abgeordnete-sollen-ab-september-mund-nasen-schutz-tragen-LV6GDESGLNAV7CNO6AQXJLLKMU.html>

Ungarns Kanzleramtsminister: „Planen sie keinen Urlaub mehr ab 1. September!“

<https://www.ungarn-tv.com/ungarns-kanzleramtsminister-planen-sie-keinen-urlaub-mehr-ab-1-september-30148.html>

Corona-Update: RKI meldet seit acht Wochen keinen Anstieg der Infizierten-Zahlen

<https://www.anti-spiegel.ru/2020/corona-update-rki-meldet-seit-acht-wochen-keinen-anstieg-der-infizierten-zahlen/amp/>

Präsident Weißrusslands: WHO und IWF wollten uns bestechen, um einen Lockdown umzusetzen

<https://www.freiewelt.net/nachricht/praesident-weissrusslands-who-und-iwf-wollten-uns-bestechen-um-einen-lockdown-umzusetzen-10082152>

Immer mehr "Neuinfektionen"? Die Zahlenspiele der Wirrologen und der ewige Ausnahmezustand

<https://deutsch.rt.com/meinung/105786-zahlenspiele-wirrologen-und-ewige-ausnahmezustand/>

Computerspiel soll Kindern und Jugendlichen "richtige" Einstellung zu Corona-Maßnahmen beibringen

<https://deutsch.rt.com/meinung/105731-computerspiel-soll-kindern-und-jugendlichen-richtige-einstellung-beibringen-corona/>

Corona-Infos für Sachsen

Corona-Pandemie im Landkreis Bautzen – Aktuelle Zahlen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

3.8.2020: Keine Maskenpflicht, dafür Vier-Stufenplan für Sachsens Schulen

<https://www.mdr.de/sachsen/politik/corona-vier-stufen-plan-fuer-schulen-100.html>

12.8.2020: Keine Maskenpflicht an Schulen und Kitas in Sachsen

<https://www.saechsische.de/plus/sachsen-keine-maskenpflicht-an-schulen-und-kitas-5250095.html>

12.8.2020: Diese Corona-Regeln gelten bald in Sachsens Schulen

<https://www.saechsische.de/plus/corona-sachsen-keine-maskenpflicht-an-schulen-und-kitas-5250095.html>

19.8.2020: Sachsen bei Schul-Normalbetrieb skeptisch

<https://www.saechsische.de/plus/sachsen-bei-schul-regelbetrieb-skeptisch-5254215.html>

6.8.2020: Kein Bußgeld für Maskenverweigerer in Sachsen

<https://www.saechsische.de/politik-in-sachsen-die-morgenlage-5246389.html>

18.8.2020: NEUE REGELN! SACHSEN FÜHRT CORONA-BUSSGELD EIN

<https://www.taq24.de/thema/coronavirus/sachsen-neue-corona-regeln-bussgeld-1615966>

Forstfest fällt aus – aber nicht ganz

<https://www.alles-lausitz.de/forstfest-faellt-aus-aber-nicht-ganz.html>

Bautzener Altstadtfestival ist abgesagt

<https://www.saechsische.de/bautzen-altstadtfestival-ist-abgesagt-corona-pandemie-5253935.html>

Nachrichten aus Deutschland und der Welt

Regierung plant Gassi-Pflicht

<https://www.saechsische.de/regierung-plant-gassi-pflicht-5254125.html>

EU-Staaten erkennen Wahlergebnis in Weißrussland nicht an

<https://www.welt.de/politik/ausland/article213872208/Merkel-EU-Staaten-erkennen-Wahlergebnis-in-Weissrussland-nicht-an.html>

IWF an Weißrussland: Kredite gibt es nur bei Ausgangssperren und Lockdown

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/505706/IWF-an-Weissrussland-Kredite-gibt-es-nur-bei-Ausgangssperren-und-Lockdown>

Nach Nazi-Diffamierung: Kemmerich schaltet Anwalt gegen Baerbock ein

<https://www.journalistenwatch.com/2020/08/19/nach-nazi-diffamierung/>

Bundesverfassungsgericht: Weggeworfene Lebensmittel zu „retten“ bleibt strafbar

<https://perspektive-online.net/2020/08/bundesverfassungsgericht-weggeworfene-lebensmittel-zu-retten-bleibt-strafbar/>

AfD-Politiker aufhängen, CDU ins Gulag – Grüner Ratskandidat lässt Mordfantasien freien Lauf

<https://flinkfeed.com/afd-politiker-aufhaengen-cdu-ins-gulag-gruener-ratskandidat-laesst-mordfantasien-freien-lauf>

Festungspsychose und Desertationen

<https://www.prabelsblog.de/2020/08/festungspsychose-und-desertationen/>

Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

Polizei sucht Zeugen und weiteres Opfer 15-Jährige an Badeseesee in Berlin-Tegel vergewaltigt

<https://m.tagesspiegel.de/berlin/polizei-sucht-zeugen-und-weiteres-opfer-15-jaehrige-an-badeseesee-in-berlin-tegel-vergewaltigt/26102368.html>

Somalier mit Messer! Ausnahmezustand am Hauptbahnhof Karlsruhe

<https://www.karlsruhe-insider.de/news/somalier-mit-messer-ausnahmezustand-am-hauptbahnhof-karlsruhe-57002/>

Staatsanwalt nach Terror-Fahrt auf Berliner Autobahn! Es war ein islamistischer Anschlag

https://www.focus.de/politik/deutschland/mehrere-verletzte-aufregung-auf-berliner-stadtautobahn-mann-baut-gleich-mehrere-unfaelle-und-droht_id_12334595.html

Autobahn-Angreifer konnte nicht abgeschoben werden

https://www.n-tv.de/der_tag/Innensenator-Autobahn-Angreifer-konnte-nicht-abgeschoben-werden-article21984828.html

Fakten in Bildern

Corona und die Prozentrechnung

**Zu: „Neun neue Infektionen“, LN
vom 9./10.8.2020**

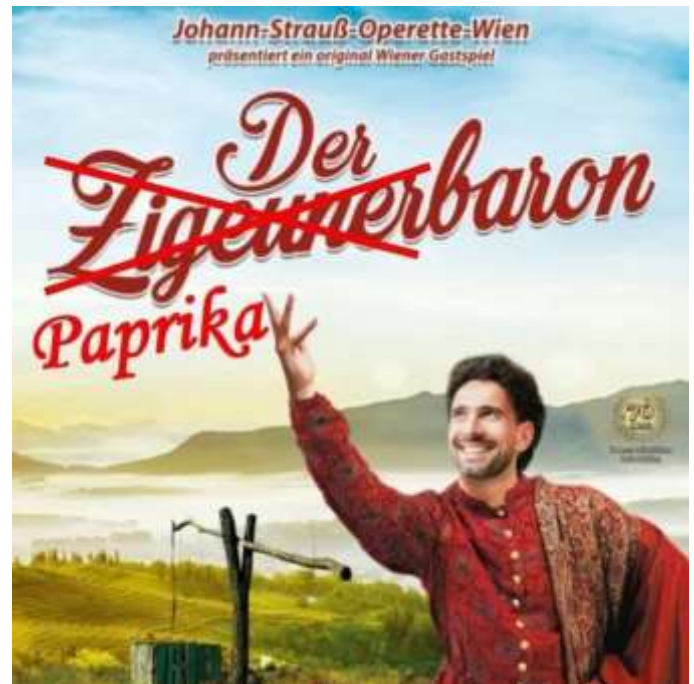
Im Rahmen der Corona-Krise möchte ich noch einmal an die Prozentrechnung erinnern, die die älteren Generationen noch in der Schule gelernt haben: Bei 100 Getesteten und einem Infizierten sind das 1 Prozent. Bei 1000 Getesteten, aufgrund der höheren Testkapazitäten und 10 Infizierten, kann man über die erhöhte Anzahl erschrocken und schockiert sein (das zehnfache!) Es sind aber immer noch nur 1 Prozent!

Reiner Kunkel, Lübeck

**Es ist kein
Zeichen geistiger
Gesundheit, gut
angepasst an
eine kranke
Gesellschaft zu
sein.**

Achtung Satire:

Humoriges .. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns erst recht nicht verbieten ;-)



**An alle
Klopapiersammler :
Mir fehlt noch Blatt 8,
92, 103 und Blatt
115 !**

**Blatt 43 habe ich
doppelt und wäre
bereit zu tauschen.**



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag
10.00-16.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag – Freitag
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen